

Habeck: „Wo heute gekitet wird, wird auch in Zukunft gekitet“

10. Februar 2016

Es gibt eine Annäherung im Streit um Kitesurfen in der Nordsee. Umweltminister Habeck nimmt Abstand von einer Verbotsregelung.

KIEL | Im Streit über das Kitesurfen im Nationalpark Wattenmeer sind sich Umweltminister Robert Habeck (Grüne) und Vertreter der Kite-Szene näher gekommen. „Wo heute gekitet wird, wird auch in Zukunft gekitet“, sagte Habeck am Mittwoch nach einem Treffen mit rund 20 Vertretern von Wassersportschulen, Kite-Industrie und Surfverbänden. Genauso müssten aber auch die Vögel im Nationalpark geschützt werden. Wie sich beides verwaltungsrechtlich auch abseits eines grundsätzlichen Verbots mit Ausnahmen sicherstellen lasse, werde nun geprüft.

Die Trendsportart Kitesurfen ist ein Besuchermagnet für Schleswig-Holstein. Jedoch sollte nach Plänen von Landesregierung und Umweltschützern ein Verbot greifen. Dadurch sollten Vögel im Nationalpark Wattenmeer besser geschützt werden. Vertreter des Sports und des Tourismus hatten sich dagegen ausgesprochen.

Die Vertreter der Kite-Szene begrüßten, dass die Begrifflichkeit eines Verbots ad acta gelegt worden sei, sagte Jörgen Vogt von der Global Kitesports Association. Er und Habeck betonten, miteinander im Gespräch bleiben zu wollen. Hintergrund des Konflikts ist ein Vorstoß der Landesregierung, das Kitesurfen im Nationalpark vom Bund aus Naturschutzgründen beschränken zu lassen, da es in vogelreichen Gebieten zu Störungen führen könne.

Am Montag hatte es bereits ein Gespräch zwischen Minister Habeck und regionalen Vertretern von Surfschulen, Naturschutz, Nordsee-Gemeinden und Tourismus gegeben. Habeck bezeichnete das Treffen als konstruktiv. Es habe gezeigt, dass die Region gemeinsame Ziele verfolgt. Er betonte, niemand wolle Kiten verbieten, und niemand wolle der Natur schaden.

So verlief die Diskussion:

- Nach einem ersten Treffen mit regionalen Vertretern von Surfschulen, Naturschutz, Nordsee-Gemeinden und Tourismus, das Anfang der Woche in Husum stattfand, hatte sich Umweltminister Habeck optimistisch gezeigt: „Das Treffen war konstruktiv und hat

gezeigt, dass die Region gemeinsame Ziele verfolgt“, erklärte der Grünen-Politiker am Montag nach der Begegnung.

- Bereits nach einer Unterschriftenaktion im vergangenen Dezember mit 22.000 Unterzeichnern gegen das geplante Surf-Verbot an der schleswig-holsteinischen Westküste hatte Robert Habeck (Grüne) gegenüber den Kitesurfern Gesprächsbereitschaft signalisiert.
- Zuvor hatten Naturschützer darauf hingewiesen, dass in einigen Gebieten des Nationalparks Wattenmeer Brut- und Rastvögel durch die Kiter gestört werden sollten. Von den Tieren werde der Drachen der Kitesurfer als ein gefährlicher Greifvogel identifiziert, der eine starke Scheuchwirkung habe. Ein Beispiel sei das Gebiet um St. Peter-Ording und Westerhever.
- Die Delegierten des Seglertages sind sich sicher, dass ein generelles Verbot die noch junge Sportart Kitesurfen stark gefährde – und das, obwohl sie nach der jüngsten Entscheidung der International Sailing Federation ab 2018 zur olympischen Disziplin wird.
- Das Kiten soll nicht verboten werden. Stattdessen sollen Ruhezone zum Schutz für sensible Naturflächen und Brutstätten eingeführt werden, damit Kite- und Naturgebiete gleichgewichtig ermöglicht werden.
- Das Ministerium wird jetzt prüfen, wie sich die juristischen Mittel zu einem Antrag auf Änderung der Befahrensverordnung darstellen lassen.

Autor: dpa/shz.de